

Klimapolitik

Klimaziel zwischen Wunsch und Machbarkeit

Nach der EU-Zielerhöhung auf minus 55 Prozent geht es an die Überarbeitung der Effort Sharing-Verordnung. Eine erhebliche Zielverschärfung für Österreich steht im Raum, schon beim 40-Prozentziel gibt es Zweifel an der Erreichbarkeit.

Erst kürzlich beschlossenes Paket wurde aufgeschnürt

Die im Dezember 2020 vom Europäischen Rat beschlossene Erhöhung des EU-Klimaziels für 2030 erfordert die vollständige Überarbeitung der EU-Klima- und Energiegesetzgebung. Neben der Verschärfung der EU-Emissionshandelsrichtlinie, von der der Industrie- und Energiesektor betroffen sind, muss auch die Effort Sharing-Verordnung (Lastenteilungsverordnung) an das neue minus 55-Prozentziel angepasst werden.

Effort Sharing umfasst Non-ETS

Mittels der Effort Sharing-Verordnung werden für die Mitgliedstaaten verbindliche Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen für den Zeitraum 2021 bis 2030 festgelegt. Diese Ziele betreffen Emissionen aus den Sektoren, die nicht dem EU-Emissionshandel (EU-ETS) unterliegen. Das sind die Sektoren Verkehr, Gebäude, Industrie und Energie (Non-ETS), Landwirtschaft, Abfall und fluorierte Treibhausgase. Das nationale Reduktionsziel für Österreich liegt derzeit – auf Basis des 40-Prozentziels – noch bei minus 36 Prozent bis 2030 (Basis 2005). Aufgrund der Erhöhung des EU-Gesamtziels auf 55 Prozent ist aber eine erhebliche Zielverschärfung für Österreich zu erwarten. Erste Analysen sprechen von einer Spannweite von minus 48 bis zu minus 63 Prozent, was wohl erhebliche zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft mit sich bringen würde, da bisher noch nicht einmal klar ist, mit welchen Maßnahmen Österreich die bestehende Zielvorgabe „minus 40 Prozent“ erreichen soll. Massive „Strafzahlungen“ für die Zielverfehlung stehen im Raum. Experten sprechen von zweistelligen Milliardenbeträgen.

Breite Konsultationen bereits im Februar erledigt

Als ersten Schritt der Überarbeitung hat die Europäische Kommission eine Konsultation zur Revision der Verordnung (EU) 2018/842 veröffentlicht. Die Kommission erhofft sich dabei Beiträge zum Anwendungsbereich und allgemeinen Ambitionsniveau, zu der Art und Weise, wie die Mitgliedstaaten diese Ambitionen gemeinsam verfolgen, zum Potenzial für eine Umverteilung von Sektoren innerhalb der EU-ETS-Richtlinie und der LULUCF-Verordnung (Verordnung über Landnutzung und Forstwirtschaft), zu den Flexibilitätsmechanismen sowie zu den geltenden Systemen für die Überwachung, Berichterstattung und Einhaltung der Vorschriften. In der zweiten Hälfte des Jahres 2021 soll dann ein konkreter Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung von der Kommission vorgelegt werden.

Was aus Sicht der österreichischen Wirtschaft berücksichtigt werden muss

- **Kriterium für Zielfestlegung pro Mitgliedstaat:** Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das nationale Ziel möglichst gering ausfällt, um wirtschafts-, fiskal-, und sozialpolitische Verwerfungen zu vermeiden. Das bisher herangezogene Kriterium BIP/Kopf ist aus WKÖ-Sicht nicht geeignet. Im Rahmen des Effort Sharing soll die Aufteilung der Ziele der Mitgliedstaaten grundsätzlich dem Prinzip der „least cost“ folgen und nicht (wie bisher) dem Prinzip BIP/Kopf. Dies würde zu einer wesentlichen Kostenminimierung im gesamteuropäischen Raum führen. Denn es ist zu berücksichtigen, dass viele Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen – vor allem jene, die sich rechnen – von Unternehmen und vom Staat bereits gesetzt wurden.
- **Reduktion dort, wo es leichter und kostengünstiger geht:** Weitere Verschärfungen in Ländern wie Österreich würden den Druck auf die energieintensive Industrie erheblich erhöhen. Größere wirtschaftlich realisierbare CO₂-Vermeidungspotenziale gibt es vor allem in osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten.
- **CO₂-Budgets politisch und praktisch unrealistisch:** Auch das Abstellen auf CO₂-Budgets ist nicht zielführend und führt zu massiven Verwerfungen bzw. ist die Diskussion darüber irreführend.



Es ist nicht sinnvoll die EU mittels CO₂-Budgeting einseitig zu beschränken. Wir wollen doch alle, dass die CO₂-Emissionen sinken, es ist aber unrealistisch, den Menschen die Heizungen abzudrehen und die Autos zu verbieten, wenn ein CO₂-Jahresbudget verbraucht ist oder kein Budget mehr zur Verfügung steht. Oder darf ein Industriebetrieb nicht mehr produzieren darf ein Landwirt nicht mehr ernten, wenn das Budget erschöpft ist?

● **Erneuerbare auf realistischer Basis ausbauen:**

Vielmehr wäre es wichtig, dass der hohe Anteil erneuerbarer Energien (in Österreich: 83 Prozent Anteil erneuerbarer Energie an der Primärenergieerzeugung bzw. 34 Prozent erneuerbare Energien im Energiemix) bei der Zieldaufteilung berücksichtigt wird. Österreich hat den Atom- und Kohleausstieg schon hinter sich, Potenziale fehlen daher hierzulande. Dies ist etwa auch in den neuen Mitgliedsstaaten der Fall – ebenso wie in älteren Mitgliedsstaaten wie Dänemark oder Finnland. Die auf EU-Ebene wiedererstarrende Option Atomkraft ist in Österreich nicht existent. Die nationale Verfassung schließt das aus, was zu begrüßen ist.

● **Noch haben wir Industrie in Österreich:**

Zentral ist auch, dass Österreich ein überdurchschnittlich stark industrialisiertes Land ist. Bezogen auf den Industrieanteil am BIP liegt Österreich auf Platz 9 in der EU. Dabei handelt es sich um einen hohen Anteil an Grundstoffindustrie (CO₂-intensive Prozesse). Auch dies erhöht naturgemäß die Emissionen. Gleichzeitig produzieren die heimischen Betriebe aber höchst effizient (viele Benchmarkführer). Gerade nach dem größten Wirtschaftseinbruch seit langem brauchen wir die Industrie als Wachstumsmotor.

Aus WKÖ-Sicht muss die Bundesregierung alles daransetzen, faire und machbare Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu erreichen, um ein innereuropäisches Level Playing Field zu gewährleisten. Beim Wettlauf um das höchste Ziel als Sieger hervorzugehen – koste es, was es wolle – ist bestimmt der falsche Weg. Offen bleibt ohnehin, wie das Level Playing Field gegenüber Drittstaaten hergestellt werden kann. ●



Mag. André Buchegger (WKÖ)

andre.buchegger@wko.at

Wichtige Meldung zum Klimaschutz 11.3.2021:
Sieg der Vernunft mit klarem „Ja“ für Gratiszertifikate im EP bei Abstimmung über Klimazölle ([Link](#)).